



Genderungleichheiten in der Covid-19-Krise

Die Covid-19-Krise trifft die Menschen je nach Geschlecht, sexueller Orientierung oder sozialer Herkunft unterschiedlich. Wir analysieren diese Unterschiede und empfehlen proaktive Massnahmen, um eine weitere Verstärkung dieser Ungleichheiten zu vermeiden.

Die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie sowie die Massnahmen, die getroffen wurden, um sie unter Kontrolle zu bringen, betreffen nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermassen. Die höhere Sterblichkeit bei Männern muss untersucht werden, um die zugrundeliegenden biologischen und sozialen Faktoren zu verstehen und angemessene medizinische und gesundheitspolitische Massnahmen treffen zu können. Doch in verschiedenster Hinsicht trifft die Pandemie die Frauen stärker.

So waren es die Frauen, die während dem Lockdown den Grossteil der systemrelevanten wirtschaftlichen Tätigkeiten (im Bereich der Gesundheit und der Lebensmittelversorgung) sicherstellten. Sie übernahmen zudem meist auch das Homeschooling und mussten dafür bei Beruf und Karriere zurückstecken. Sie arbeiten öfter in Berufen, wo Homeoffice nicht möglich ist, sind somit einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt und riskieren eher, arbeitslos zu werden. Die Geschichte kennt viele Beispiele von Wirtschaftskrisen, deren Folgen die Frauen besonders schwer getroffen haben.

Die Krise hat alte normative Rollenmuster aufleben lassen, bei denen den Frauen die Hauptlast der Kinderbetreuung und Erziehungsaufgaben zufällt, während die Männer für die Erwerbsarbeit zuständig sind. Die Hilfsmassnahmen der Regierung haben auf Familien mit alternativen Lebensmodellen (geschiedene Paare, Patchworkfamilien, transnationale Familien), keine Rücksicht genommen. Für Alleinerziehende - mehrheitlich Mütter – ist die Situation besonders schwierig. Andererseits könnten der Homeoffice-Boom und die verstärkte Präsenz der Väter in den Familien sich auch positiv auf die Gleichstellung auswirken. Es ist wichtig, dass Frauen bei der Festlegung von Corona-Krisenmassnahmen verstärkt einbezogen werden.

Das in erster Linie auf die Pandemie ausgerichtete Gesundheitswesen hat sich auch die Arbeit der Hebammen und den Zugang zu Familienplanung sowie pränatalen und postnatalen Gesundheitsdiensten ausgewirkt. Wie jede schwere Erkrankung kann auch eine Ansteckung mit dem Coronavirus die Schwangerschaft und die Gesundheit des Ungeborenen beeinträchtigen; für schwangeren Frauen, die oft bereits befürchten müssen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, bedeutet dies eine zusätzliche Belastung.

LGBT+-Personen sind wegen im Spitalumfeld erlebter Diskriminierungen verletzlich. Eine weitere Risikogruppe stellen Migrantinnen dar, weil Präventionsbotschaften sie sprachlicher und kultureller Barrieren wegen nur schwer erreichen. Viele Papierlose, die Haushalte putzen oder Kinder betreuen, haben durch die Krise ihren Job verloren und kein Anrecht auf die Covid-19-Überbrückungshilfe des Bundes. Die Pandemie hat den Nationalismus und kulturelle Stereotype verstärkt und könnte den Rassismus befeuern.

[ch/fr/policy-briefs](#) Die Menschenrechte zum Schutz vor Diskriminierung werden durch den Notstand nicht ausser Kraft gesetzt und verpflichten die Behörden dazu, Massnahmen zu ergreifen, um eine weitere Verschärfung der hier aufgeführten Ungleichheiten zu verhindern. Diesbezügliche Strategien und Massnahmen sollten in Absprache mit den kantonalen und eidgenössischen Gleichstellungsbüros getroffen werden und diesen Aspekten differenziert Rechnung tragen. Gesundheits-, Wirtschafts- und Sozialdaten, die die Krise dokumentieren, müssen dem sozialen Status und Genderaspekten Rechnung tragen, um diese Unterschiede analysieren zu können.